Landeshauptstadt Magdeburg – Die Oberbürgermeisterin –		Drucksache DS0558/22	Datum 13.10.2022
Dezernat: III	III	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Die Oberbürgermeisterin	25.10.2022	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	17.11.2022	öffentlich	Beratung
Finanz- und Grundstücksausschuss	30.11.2022	öffentlich	Beratung
Stadtrat	08.12.2022	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen Amt 30, BOB, Dez. II	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X
	Klimarelevanz		X

Kurztitel

Zeitweiliger Ausschuss „Lenkungsausschuss HighTechPark (HTP)“

Beschlussvorschlag:

- Der Stadtrat beschließt die Zuweisung der Aufgaben eines beschließenden zeitweiligen Ausschusses [Lenkungsausschuss HighTechPark (H T P)] gemäß § 46 Abs.1 KVG LSA in Verbindung mit § 6 Abs.4 der Hauptsatzung auf den Finanz- und Grundstücksausschuss.
- Die Aufgabenzuweisung umfasst abschließende Beschlussfassungen hinsichtlich sämtlicher Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte sowie weiterer Vereinbarungen und Entscheidungen der LH Magdeburg im Zusammenhang mit der Entwicklung des B-Plangebietes Eulenberg und des zugehörigen Zuliefererparks mit folgenden Inhalten und Wertgrenzen:
 - Rechtsgeschäfte i.S.d. § 45 Abs. 2 Ziff 7. KVG LSA, deren Vermögenswert 2,5 Millionen EUR (brutto) im Einzelfall nicht übersteigt sowie Planungs – und Baudurchführungsvereinbarungen der LH Magdeburg mit Dritten, deren Vermögenswert 2,5 Mio. EUR (brutto) im Einzelfall nicht übersteigt.
 - Auftragsvergaben von Liefer – und Dienstleistungsaufträgen nach VOL / UvGO / VGV und von Bauleistungen, jeweils oberhalb einer Auftragssumme von 150.000 EUR (brutto), sowie sonstigen, insbesondere freiberuflichen Leistungen (wie z.B. Architekten – und Ingenieurleistungen, Berater – und Rechtsanwaltsdienstleistungen u.ä.) oberhalb einer Auftragssumme von 100.000 EUR (brutto) im Einzelfall, jeweils bis zu einem Wert von 2,5 Millionen EUR (brutto).
 - Den Abschluss von Erschließungsverträgen, Städtebaulichen Verträgen und Durchführungsverträgen zur Vorhaben – und Erschließungsverträgen auf dem Gebiet des H T P, wenn der geschätzte Erschließungsaufwand, das

Erschließungsrisiko, für die Stadt oder der städtische Anteil am Erschließungsaufwand 2,5 Millionen EUR (brutto) nicht übersteigt.

3. Die Aufgabenzuweisung als zeitweiliger Ausschuss ist befristet und endet nach Erreichen der Ziele Gesamterschließung – und Vermarktung (Abrechnung) des H T P bzw. Übertragung dieser Tätigkeiten auf Dritte und durch Beschluss des Stadtrates.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit	TB 3000	Pflichtaufgabe		ja	x	nein
----------------------	---------	----------------	--	----	---	------

Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme				
		ja, Nr.		x	nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt				
	JA		NEIN		

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
☐	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
☐	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
☐	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
☐	Anlage Kostenberechnung
☐	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
☐	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €:

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) Amt/Fachbereich Dez. III	Sachbearbeiter	Unterschrift AL / FBL
---	----------------	-----------------------

Verantwortliche Beigeordnete Sandra Yvonne Stieger	Unterschrift
---	--------------

Termin für die Beschlusskontrolle	
-----------------------------------	--

Begründung:

Im Rahmen der Erschließung und Vermarktung des H T P ist es zeitnah erforderlich, diverse Planungsvereinbarungen, Baudurchführungsvereinbarungen und weitere Vereinbarungen sowie Beauftragungen abzuschließen, welche die LH Magdeburg verpflichten, umfangreiche finanzielle Mittel an ihre Vertragspartner auszugeben. Diesen Vereinbarungen liegt i.d.R. folgende Situation zu Grunde:

Die LH Magdeburg ist zur Erschließung des H T P gemeinsam mit den Kommunen Sülzetal und Wanzleben verpflichtet. Die LH Magdeburg beantragt für die Erschließung des H T P entsprechende Fördermittel nach GRW. Einige dieser Erschließungsleistungen werden und können allerdings aus verschiedenen Gründen nicht von der LH Magdeburg als Auftraggeberin beauftragt werden (z.B. weil die Verantwortung für oder das Eigentum an den betroffenen Anlagen bei Dritten liegt). Auftraggeber der diesbezüglichen Bau – und Planungsleistungen sind hier die Partner der LH Magdeburg, welche allerdings nicht Empfänger von Fördermitteln sind.

Um die Leistungen durchführen zu können, ist es mithin notwendig, dass die LH Magdeburg mit ihren Partnern Vereinbarungen schließt, die eine Finanzierung der betroffenen Maßnahmen sichern.

Die Leistungen sind grundsätzlich vom Fördermittelantrag der LH Magdeburg erfasst, es wurden für die ersten Maßnahmen Rückstellungen gebildet. In künftigen Vereinbarungen zu Planungs- oder Bauleistungen werden die Partner verpflichtet, im Rahmen der Auftragsvergabe die für sie geltenden Vergaberegeln anzuwenden und die Grundsätze des Fördermittelrechts zu wahren. Des Weiteren sind klassische Auftragsvergaben durch die LH Magdeburg als Auftraggeberin von Bau-, Planungs- und Beratungsleistungen erforderlich, um das Gesamtprojekt erfolgreich abzuschließen. Unter Berücksichtigung des Projektumfanges ist davon auszugehen, dass die bestehenden Wertgrenzen der Hauptsatzung zur Erforderlichkeit einer Gremienentscheidung regelmäßig überschritten werden.

Gem. § 4 Abs. 2 der GO des Stadtrates der LH Magdeburg sind Drucksachen für den Stadtrat sechs Wochen vor der Stadtratssitzung sowie mind. zwei Wochen vor der Erstberatung in den Ausschüssen des Stadtrates den Geschäftsstellen der Fraktionen einzuleiten. Bei Drucksachen sowie Stellungnahmen zu Anträgen / Informationen für beschließende Ausschüsse beträgt die Frist zwei Wochen. Die Oberbürgermeisterin kann hierbei im Einvernehmen mit dem Stadtratsvorsitzenden über Ausnahmen entscheiden.

Es steht zu befürchten, dass die aktuelle Beratungsfolge – abhängig vom anzuwendenden Gremienvorbehalt des Einzelfalls – ausgehend vom Ausgangspunkt Sitzungstermin „Die Oberbürgermeisterin“ zu viel Zeit zwischen Einbringung der Entscheidungsvorlage und Entscheidung in Stadtrat bzw. Ausschuss in Anspruch nimmt, wenn man von den üblichen Sitzungsterminen des Stadtrates und der beschließenden Ausschüsse ausgeht. Sollte z.B. eine Planungsvereinbarung nach erfolgreicher Verhandlung und Unterschrift dem Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrates unterliegen, würden i.d.R. mindestens 6 Wochen zwischen Zeichnung und Beschluss liegen. Diese Fristen würden aktuell das Gesamtvorhaben gefährden.

Wiederkehrende Eilentscheidungen der Oberbürgermeisterin bzw. außerplanmäßige Einberufungen des Stadtrates (oder von Ausschüssen) gem. § 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates der LH Magdeburg sollten ebenfalls nicht zur Regel werden.

Um diese Risiken für das Gesamtprojekt zu minimieren, erscheint die Schaffung eines zeitweiligen Sonderausschusses als beschließender Ausschuss gem. § 6 Abs. 4 Hauptsatzung der LH MD für die Maßnahme H T P unter Zuweisung der vorbeschriebenen Aufgaben gemäß § 46 Abs.1 KVG LSA in Verbindung mit § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung auf den Finanz- und Grundstücksausschuss als Lenkungsausschuss geboten, effizient und zielführend. Hierzu ist die vorstehende Erweiterung der Aufgabenzuweisung des Finanz- und Grundstücksausschusses als Lenkungsausschuss erforderlich (Erweiterung der Aufgaben).

Der Lenkungsausschuss kann darüber hinaus als Institution für turnusmäßige Informationen zum aktuellen Projektstand dienen, so z.B. hinsichtlich:

- des Abschlusses von Vereinbarungen mit beteiligten Kommunen im Rahmen der interkommunalen Kooperation, sofern gesetzlich kein Zustimmungsvorbehalt des Stadtrates vorgesehen ist;
- des Abschlusses von genehmigungsfreien Verträgen im Zusammenhang mit der Erschließung des H T P;

- des turnusmäßig mitzuteilenden Projektstandes.

Da der Finanz- und Grundstücksausschuss der LH Magdeburg in einem Abstand von 14 Tagen zusammenkommt, bietet er sich für die Aufgabenwahrnehmung als zeitweiliger Sonderausschuss insbesondere an. Die vorstehend angeführten Wertgrenzen tragen den Dimensionen des Gesamtprojektes Rechnung.

Die Bildung eines zeitweiligen Sonderausschusses obliegt dem Stadtrat innerhalb seiner ihm zustehenden Organisationskompetenz. Eine Hauptsatzungsänderung ist hierzu unter Berücksichtigung von § 46 Abs. 1 KVG LSA sowie § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung der LH Magdeburg nicht erforderlich.